

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895**

1.3.1895 (No. 60)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 1. März.

№ 60.

Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gefaltete Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1895.

## Amtlicher Theil

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 20. Februar d. J. gnädigst geruht, den Professor Dr. Julius Bierbaum an der Höheren Mädchenschule in Karlsruhe auf sein unterthänigstes Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen.

Mit Entschleßung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 23. Februar d. J. wurden Expeditionsassistent Adolf Franz beim Stationsamt in Freiburg zum Betriebsassistenten daselbst ernannt und Expeditionsassistent Friedrich Stephan bei der Güterverwaltung Waldshut zum Stationsamt Emmendingen versetzt.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Die Ermittlung der Arbeitslosigkeit.

\* Die wesentlichste Neuerung der für den 14. Juni d. J. geplanten Berufs- und Gewerbezahlung liegt in dem Versuche der Ermittlung des Umfanges der Arbeitslosigkeit, indem für männliche und weibliche Arbeiter, Dienstboten, Gesellen und sonstige Arbeitnehmer, auch für Hausindustrielle und Heimarbeiter gefragt werden soll: „ob gegenwärtig in Arbeit (in Stellung). Ja oder Nein? Wenn nein, seit wie viel Tagen außer Arbeit (Stellung)? ob außer Arbeit (Stellung) wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit. Ja oder Nein.“ In der Reichstagskommission wurde von keiner Seite die Möglichkeit eines derartigen Versuches der Ermittlung der Arbeitslosigkeit bezweifelt, mit der Möglichkeit des Mißlingens dieses Versuches zwar gerechnet, hieraus aber nicht Veranlassung genommen, die versuchsweise Inangriffnahme dieses wichtigen sozialpolitischen Problems anzusehen. Darüber war man zwar nicht im Zweifel, daß im besten Falle ein Augenblicksbild der Arbeitslosigkeit am 14. Juni 1895 gewonnen werde und daß dieser Termin zur Beobachtung der Arbeitslosigkeit unzweifelhaft wenig geeignet sei. Einstimmig war die Kommission der Ansicht, daß dieses eine sommerliche Augenblicksbild mindestens durch ein zweites winterliches Bild eine Ergänzung finden müsse, und die Kommission beschloß daher, die verbündeten Regierungen aufzufordern, die Frage nach der Arbeitslosigkeit bei der Volkszählung am 1. Dezember 1895 zu wiederholen. Die Kommission verkannte hierbei nicht, daß auch dieser Termin nicht ganz geeignet sei, daß vielmehr die geringste Arbeitslosigkeit etwa in den Juli oder August, die höchste in den Februar falle. Da es sich aber bei den geplanten beiden Zählungen nicht ausschließlich um die Arbeitslosigkeit handelt, ließ man es hierbei bewenden. Wie von einer Seite in der Kommission hervorgehoben wurde, könne ein wirklich zutreffendes Bild der Arbeitslosigkeit nur dann gewonnen werden, wenn die während eines ganzen Jahres vorhandene gewesene Arbeitslosigkeit ermittelt werde. Technisch sei dies dadurch ausführbar, daß in dem allgemeinen Erhebungsformular (Haushaltungsliste) nur eine sogenannte Vorfrage gestellt werde, ob der Befragte im Laufe des letzten Jahres arbeitslos gewesen sei oder nicht. In den Fällen der Bejahung sei dann ein zweiter speziell der Arbeitslosigkeit gewidmeter Fragebogen auszugeben, der ein Verzeichniß der Perioden der Arbeit (unter Angabe der Adresse der Arbeitgeber) und der Arbeitslosigkeit zu enthalten haben. Dieser Weg ermöglige allein eine Prüfung der bewußt oder unbewußt unrichtig gemachten tatsächlichen Angaben und ermöglige die Gliederung der Fälle der Arbeitslosigkeit nach ihren Gründen, vor allem durch Unterscheidung der durch die Saison, durch Krisen oder durch individuelle Momente bedingten Arbeitslosigkeit. Die Kommission hielt aber in ihrer Mehrheit die Betretung dieses Weges für zu umständlich und befürchtete die Unmöglichkeit, jeden Fall der Arbeitslosigkeit in der nötigen individuellen und oft kontradiktorischen Weise verfolgen zu können. Dagegen wurde es allerdings als wünschenswert anerkannt, durch Aufnahme der Adresse des letzten Arbeitgebers dem Selbstbefragten wenigstens die Möglichkeit einer Prüfung der Richtigkeit seiner Angaben zu Gemüthe zu führen.

### Eine Parteienkoalition in Ungarn.

Die Klärung der innerpolitischen Lage Ungarns macht erfreuliche Fortschritte, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß noch mancher Tag vergehen mag, ehe die Gemüther sich von dem Bann altbergrachtener parteitaktischer Schlagworte hinreichend emanzipirt haben werden, um eine die Interessen der Gesamtheit unter allen Umständen an die Spitze stellende Realpolitik konsequent zu

unterstützen. In den Reihen der Opposition gährt es zwar immer noch gewaltig, die gouvernementale Partei aber kann jetzt getrost den Muthes abwarten, was das Ende sein wird. Wenn auch die zwischen Liberalen und Nationalen angebahnten Fusionsbestrebungen an der nicht sehr staatsmännischen Haltung des Grafen Apponyi, der von seinen nationalen Aspirationen bezüglich des gemeinsamen Heeres nicht lassen will, wieder einmal gescheitert sind, so wird doch behalben der Fusionsgedanke als solcher von keiner Seite als abgethan betrachtet, denn die Idee einer Vereinigung der auf staatsrechtlicher Basis stehenden Parteien liegt nun einmal sozusagen in der Luft. Sie ist eine unabwendbare politische Nothwendigkeit, die sich nicht mehr aus der Welt schaffen läßt. Wer indessen daraus folgern wollte, daß die Regierungspartei dieser Vereinigung zu ihrer Kräftigung bedürfe, würde dadurch nur seine Verleumdung der tatsächlichen Verhältnisse darsagen. Abgesehen davon, daß sie heute stärker und selbstbewußter dasteht, auch innerlich mehr zusammenhält als seit langem, ist eben dieser einmüthige Zusammenhalt in Bezug auf die Vertheidigung des 1867r Ausgleichs und des Liberalismus wirksam genug, die Partei, auch wenn sie ganz auf sich selbst angewiesen wäre, zur Durchführung der auf die Tagesordnung gelangenden wichtigen Reformen vollaus zu befähigen.

Während also, trotz der äußerlich heftig weiter geführten parlamentarischen Scheingefechte in den Kreisen der Nationalpartei die besonneneren Elemente mehr und mehr nach der Regierungspartei hinneigen und dem Standpunkte passiver Negation längst den Rücken gekehrt haben, liegen die Politiker der ausgleichsfeindlichen äußersten Linken noch immer gegenseitig im heftigsten Streite. Auf einer jüngst anberaumten „Beröthnungskonferenz“ gerieth man so heftig aneinander, daß der Vorsitzende der liberal gesonnenen „Mutterpartei“ nebst seinem Anhang die Berathung verließen, was eine abermalige Spaltung des ohnehin schon aus fast so vielen Fraktionen und „Führern“ als Mitgliedern bestehenden Häufleins der Achtundvierziger zur Folge hatte. Die Unvereinbarkeit der liberalen und der ultramontanen Einzelbestandtheile ist damit erwiesen worden. Es ist nun unsicher einzusehen, daß jedwede neue Krise innerhalb der ausgleichsfeindlichen Opposition dieser ebenso sehr schadet, als sie der Sache der auf staatsrechtlichem Grunde stehenden Parteien Vorjubel leistet. Hätte die liberale Politik der ungarischen Regierung keinen anderen, höheren Erfolg aufzuweisen, als die innere Auflösung und Zerlegung der Parteien des staatsrechtlichen Umsturzes und damit deren politische Unschädlichmachung — die über zwei Jahre währenden parlamentarischen Kämpfe würden sich schon allein darum der Nähe reichlich verlohnt haben. In demselben Maße, als die staatsrechtliche Opposition an Fähigkeit, dem Parlament und dem Lande zu imponiren, einbüßt, gewinnt die ausgleichsfeindliche liberale Reformpolitik an Macht und Ansehen. Man bezeichne daher in Ungarn nicht unzutreffend den jüngsten Putsch der Achtundvierziger als den Schatten, den die Fusion der auf staatsrechtlichem Boden fußenden Parteien vorauswirft.

### Deutschland.

Berlin, 27. Febr. Die engere Versammlung des Staatsraths, welche soeben zur Berathung der von der königlichen Regierung in Aussicht genommenen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Besserung der Lage der Landwirtschaft berufen worden ist, dürfte aus den Abtheilungen für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe bestehen. Gleichwie 1890 sollen nicht neue Ernennungen von Staatsräthen erfolgen, sondern es soll eine größere Anzahl Sachverständiger verschiedener wirtschaftspolitischer Richtung eingeladen werden, an den Berathungen theilzunehmen.

Berlin, 27. Febr. Nach dem Antrage des Abgeordneten Dr. Paasche soll die Zuckersteuer 24 M. von 100 kg betragen; neben der Verbrauchsabgabe soll eine Betriebsabgabe erhoben werden, von welcher Betriebe unter 20 000 Meterzentner frei bleiben, Betriebe über 20 000 Meterzentner aber je 0.10 M. von 100 kg Abgabe zahlen. Für feilen und flüssigen Zucker soll der Eingangszoll 42 M. betragen. Die Zuckerdarstellungen sollen in Klasse A. 4 M., B. 4.25 M. und C. 4.60 M. betragen. Ein Prämienfonds soll gebildet werden durch Erhöhung der Verbrauchsabgabe und durch die Betriebssteuer, sowie durch zehn Millionen Mark aus der bisherigen Verbrauchssteuer. Die Ausfuhrzölle aus dem Betriebssteuerertrage sind zu ermäßigen, so bald die konkurirenden Länder ihre Exportprämien ermäßigen.

Miel, 27. Febr. Der frühere Reichstags- und Landtagsabgeordnete Wachs ist gestorben.

Stuttgart, 27. Febr. Eine politische Aktion, wie sie unseres Wissens in keinem deutschen Parlament mehr Sitte ist, wird die Kammer in den nächsten Tagen beschließen: eine Antwortadresse auf die Königl. Thron-

rede. Sie zu entwerfen ist eine Fünfzehnerkommission beauftragt, in der die drei Parteien der Kammer so ziemlich gleichmäßig vertreten sind; die Volkspartei hat einen ihrer Sitze an die Sozialdemokratie abgetreten. Vorsitzender der Kommission ist ein Führer der Volkspartei, Fr. Hausmann, der schon der vorigen Kammer einen Adreßentwurf unterbreitet hat. Damals wurde infolge einer Adreßdebatte als eine Zeitvergeudung betrachtet und daher abgelehnt. Auch diesmal war es nur die Volkspartei, die sie begehrte; das Centrum stimmte ihr zu, um sich der „leitenden Partei“ gefällig zu erweisen, die „Freie Vereinigung“ widerstrebt nicht, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob sie die Debatte scheue. Die Kammer hat sich letzten Samstag auf eine Woche vertagt, um der Adreßkommission Zeit zu lassen, die verschiedenen Meinungen unter einen Hut zu bringen. Aus einer Andeutung des Centrumsführers Gröber könnte man schließen, daß die Mehrheit sich diesen sonst gänzlich aussichtslosen Versuch erleichtern will durch die Beschränkung auf diejenigen politischen Fragen, in denen die Wahlprogramme eine „verblüffende Aehnlichkeit“ zeigten, namentlich die Verfassungsrevision. Zu letzterer erklärte der Ministerpräsident bei dieser Gelegenheit, daß die Regierung sich niemals dem Wahn hingeeben habe, als ob sie mit den paar knappen Sätzen der Thronrede über diese Frage hinwegkommen werde; sie sei vielmehr jederzeit bereit, diese Stelle der Thronrede vor der Kammer weiter zu erläutern.

Wer in der Kammer wirklich die „leitende“ Partei ist, hat sich bei der Präsidentenwahl klar gezeigt. Die Volkspartei, die offenkundig noch einen Tag vor der Wahl unschlüssig war, hat hier unter dem Druck des Centrums gehandelt, das es trefflich verstand, einen doppelten Zweck zu erreichen; den besten Mann der Volkspartei auf dem Präsidentenstuhl kalt zu stellen und sich selbst durch die Erlangung des Vicepräsidentiums einen Triumph zu bereiten. Das führende Centrumsglied hat denn auch gebührend den „Ehrentag“. „Wer hätte — ruft es aus — es vor einem Jahr für möglich gehalten, daß eine württembergische Centrumsfraktion auf den ersten Wurf nicht bloß als gleichberechtigt betrachtet, sondern sogar das Vicepräsidentium der Kammer stellen würde!“ Und dann ärgert das Blatt die demokratischen Freunde noch extra damit, daß es ihnen vorhält, wie sie gerade denjenigen Centrumsgliedern als Vicepräsidenten hätten acceptiren müssen, den ihre Presse stets am heftigsten bekämpft habe. In der That liegt in der Wahl Dr. Kiene's eine große Selbstverläugnung der Volkspartei, für die man vergebens eine Gegenleistung des Centrums sucht. Denn wollte die Volkspartei, ihrer anfänglichen Abneigung entgegen, das Präsidium übernehmen, so könnte sie dies gerade so gut durch Verständigung mit der „Freien Vereinigung“. — Bei den Kommissionswahlen ist man dann so verfahren, daß man die Freie Vereinigung, an sich die stärkste Fraktion, als zweitstärkste anerkennt und darnach die Zahl ihrer Sitze zwischen der der Volkspartei und des Centrums limitirt.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. Febr. Seine Majestät Kaiser Wilhelm verblieb gestern bis nach Mitternacht bei dem Vorkammer Grafen Eulenburg, der auch Herren und Damen des Hochadels geladen hatte. Heute machte der Kaiser von 10 bis 12 Uhr eine Rundfahrt bei den fremden Prinzen, überall zum Abschied seine Karte abgebend. Er nahm sodann das Frühstück in der deutschen Botschaft. Am Abend speisen beide Kaiser unter Abänderung des bisherigen Programms um 6½ Uhr in der Hofburg. Auch der Prinz Arnulf von Bayern, die Erzherzöge Franz Salvator und Josef Augustin und sonst nur Herren der deutschen Botschaft und Gefolge werden erscheinen. Kaiser Wilhelm ließ durch zwei deutsche Offiziere einen großen von Berlin mitgebrachten Kranz von Vorbeeren mit goldenen Blättern in der Kapuzinergruft auf den Sarg des Kronprinzen Rudolph niederlegen. Erzherzog Albrecht hat bekanntlich leghwillig alle Kranzspenden abgelehnt.

Wien, 27. Febr. Im Abgeordnetenhaus stellten die Junggehehen mit Rücksicht auf das Erkenntniß des Prager Landesgerichts den Dringlichkeitsantrag, das Haus wolle erklären, es widerspreche dem Staatsgrundgesetz und dem Freigeßesetz, den Inhalt der im Reichsrathe und in den Landtagen gehaltenen Reden als Gegenstand der strafrechtlichen Untersuchung oder Judikatur zuzulassen. Nach lebhafter Debatte wurde die Dringlichkeit mit 106 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Die Koalirten stimmten dagegen. Die Liberalen wurden heftig angegriffen. — Der Finanzminister Plener beantwortete die Interpellation wegen Begebung der Goldrente dahin, daß er den aproz Typus gewählt habe, weil die gesetzliche Ermächtigung darauf lautet und durch Einholung einer neuen gesetzlichen Ermächtigung für einen anderen Typus Zeit verloren und der günstige Moment für die Begebung vielleicht verflümmet worden wäre. Die Ausgabe niedriger verzinslicher Titres hätte, weil nur unter Pariturs möglich, nicht nur die Kapitalverfäulung erheblich gesteigert, sondern auch der Spekulation ungewisshafte neuen Anreiz zur Hausbewegung geboten. Diese sei gerade

(Mit einer Beilage.)

im Momente der Begebung mit Rücksicht auf die Wiener Börsenverhältnisse und die unbesonnenen Haussepekulationen leider wegen des zahlreich, zwar außerhalb der Börse stehenden, aber auf der Börse spielenden Publikums nicht rathsam gewesen und hätte den letzter Tage eingetretenen Rückschlag wahrscheinlich noch stärker und empfindlicher gemacht. Der definitive Uebergang zu einem niedrigeren Normalzinsfuß müßte von der Erwägung abhängen, ob der gegenwärtige niedrige Zinsfuß einen wirklich dauernden Charakter angenommen habe. Daß die Vermittlung des Bankentfortiums benötigt würde, erklärte sich aus der spezifischen Natur des Anlehens, das ausschließlich im Auslande begeben sei und den Zweck habe, effektives Gold vom Auslande zu schaffen, wozu eine öffentliche Subskription ungeeignet sei. Lueger beantragte die Eröffnung der Debatte über diese Antwort. Der Antrag wurde aber abgelehnt.

**Budapest, 27. Febr.** Anfangs September finden die Ränder bei Fürstlichen statt, bei denen Kaiser Franz Joseph, Kaiser Wilhelm und der König von Sachsen anwesend sein werden. Ein Bräutigamstag über die Donau ist vorgesehen. Nach dem Manöver ist Hirschjagd in Belye, das Erzherzog Friedrich jetzt von Erzherzog Albrecht gerettet hat.

### Parlamentarisches.

#### Sozialdemokratische Untergrabung der militärischen Disziplin.

In der gestrigen Sitzung der Reichstagskommission VI zur Beratung der Umlagevorlage ergriß vor Eintritt in die Tagesordnung der Kommissar des Kriegsministeriums, Wirklicher Geheimrath Dr. jur. Seidenpinner, das Wort, um die Nichtigkeit des von ihm zur Begründung des § 112 der Regierungsvorlage vorgetragenen Materials zu betonen, indem er ausführte, daß die gegen seine Angaben betreffs des Falles Görge's gerichteten Angriffe der sozialdemokratischen Presse, namentlich die Erklärungen des Görge's selbst im „Vorwärts“ vom 6. Februar und 9. Februar, haltlos seien. Die Regierung sei aus Anlaß dieser Publikationen dem Vorgange, um den es sich handelt, nochmals näher getreten und dabei habe sich folgendes ergeben:

Polizeiwachmeister Haensch zu Stendal berichtet unter'm 15. Februar 1896: „Die von dem sozialdemokratischen Agitator Görge's im „Vorwärts“ gemachte Erklärung ist durchweg unwahr. Görge's erklärte am Schluß der in Stendal am 14. Oktober 1893 im Wendischen Lokale stattgehabten öffentlichen Volksversammlung, welche von dem Polizeierganten Wrede und mir überwacht wurde, nachdem der Schneider Hinge über die Schimpfreden der Unteroffiziere und die Soldatenmißhandlungen im preussischen Heere gesprochen hatte, etwa folgendes: Ich werde in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung einberufen, in der nur der Militarismus erörtert werden wird. Mir ist eine Broschüre zugegangen, welche den Titel führt: „O, welche Lust, Soldat zu sein“. Diese Broschüre, welche für 20 Pf. zu haben ist, werde ich bestellen, und wer eine wünscht, kann sich an meine Adresse wenden. Dieses Buch müssen wir den Rekruten, welche jetzt eingeeilt werden, an Sammel- und Abfahrtsorten und auf dem Lande in die Hand drücken, damit sie noch vor ihrer Einstellung ein Bild bekommen, welche Freuden sie beim Militär zu erwarten haben.“

Der Polizeiergeant Wrede erklärte: Ich kann die Angaben des Polizeiwachmeisters Haensch nur bestätigen und versichern, daß dieselben der Wahrheit entsprechen.“

Geheimrath Seidenpinner charakterisirte den Inhalt der erwähnten Broschüre, welche in der allerschäblichsten und aufreizendsten Weise Vorurtheile in der Armeekorps zum Theil unter der ärgsten Entstellung bespricht, nicht etwa in der Absicht, Abhilfe zu schaffen, sondern offenlandig nur deshalb, um Haß und Abneigung gegen die Armeekorps und ihre Einrichtungen zu erwecken. Aus diesem Grunde sei sie als geeignet bezeichnet, den Rekruten in die Hände gespielt zu werden. Thatsächlich sei auch nach Aussage eines Rekruten am 17. Oktober 1893 diese Broschüre auf dem Bahnhof in Halle unter Rekruten vertheilt worden. Hiernach könne die Kommission selbst entscheiden, auf welcher Seite die Wahrheit liege; das Kriegsministerium trage kein Bedenken, den amtlichen Berichten der beiden Polizeibeamten vollen und uneingeschränkten Glauben beizumessen.

### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 28. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte heute Vormittag den Vortrag des Geheimraths Eisenlohr und empfing darnach den Bezirkspräsidenten für Lothringen, Freiherrn von Hammerstein in Metz. Nachmittags nahm Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Geheimraths Dr. von Stoeffer, Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths, und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo entgegen. Abends findet eine größere Hofballstatt, zu welcher der Bezirkspräsident Freiherr von Hammerstein, sowie verschiedene andere Personen geladen sind.

Seine Königliche Hoheit der Erbprinztrage gestern Abend mit dem Orientzugzug mit großer Verspätung hier ein. Höchstselbe ist heute Nachmittags 4 Uhr nach Freiburg weiter gereist.

#### Lebens-, Militärdienst- und Aussteuerversicherungsanstalten.

Der durch die Verordnung vom 31. Oktober v. J. auf Grund des § 134 a. des Polizeistrafgesetzbuches neu vorgeschriebenen Pflicht zur Anzeige des Betriebs der Lebens-, Militärdienst- und Aussteuerversicherung im Großherzogthum beim Ministerium des Innern haben bisher insgesamt 63 Gesellschaften entsprochen; davon gehören 47 dem Deutschen Reiche und 16 dem Auslande an; unter den letzteren befinden sich 2 schweizerische, 5 österreichische, 3 englische, ebensoviel amerikanische und je ein holländisches, belgisches und französisches Unternehmen. Fünf von den reichsständischen Unternehmen beruhen auf Gegenseitigkeit, während die übrigen 11 Aktiengesellschaften sind. Von den 47 deutschen Gesellschaften gehören der Klasse der letzteren 22 an, die übrigen 25 sind auf Gegenseitigkeit gegründet, so daß unter Zusammenrechnung der in- und ausländischen Unternehmen somit zur Zeit im Großherzogthum 30 Gegenseitigkeits- und 33 Aktiengesellschaften auf dem Lebensversicherungsgebiete arbeiten.

Den Großh. Bezirksämtern ist nunmehr das Verzeichniß dieser Gesellschaften mit der Beifügung zugegangen, dasselbe auf Grund der ihnen in der Folge ausgehenden Mittheilungen des Mini-

steriums des Innern über Abänderung und Ergänzung seines Inhalts jederzeit auf dem Laufenden zu halten. An der Hand dieses Verzeichnisses wird es den Bezirksämtern als Bezirks-polizeibehörden möglich sein, die Kontrolle darüber zu führen, daß nicht Versicherungsunternehmen, welche die Anzeige nicht erstattet haben, das Geschäft im Großherzogthum betreiben, bezw. vorkommenden Falles dagegen einzuschreiten. Zugleich sind die Großh. Bezirksämtern darauf aufmerksam gemacht worden, daß nach der in der neuesten versicherungsrechtlichen Literatur vorherrschenden Auffassung als „Lebensversicherung“ alle Verträge und durch Eintritt in eine Gemeinschaft vollzogenen Handlungen zusammengefaßt werden, denen die Ungewißheit über die Dauer des einzelnen Menschenlebens und wirtschaftlich wichtigen Zustände in demselben zugrunde liegt, und mittelst deren gegen Geldleistungen bestimmte Geldansprüche erworben werden. Diese Begriffsbestimmung wird auch für die Beurtheilung der Frage als maßgebend betrachtet werden können, ob ein bestimmtes Unternehmen unter die auf Grund des § 134 d. des badischen Polizeistrafgesetzbuches erlassenen Verordnungsbestimmungen fällt oder nicht.

Die in § 134 d. Polizeistrafgesetzbuch neben der „Lebens“-Versicherung besonders angeführten „Militärdienst“- und „Aussteuer“-Versicherungen stellen sich hiernach, gleichwie z. B. auch die Unfall- und Krankenversicherung, lediglich als Unterarten der Lebensversicherung (Personenversicherung) dar, deren mannigfaltige Formen ohne Ausnahme von den neuen Vorschriften betroffen werden, während hingegen alle Versicherungsarten, welche den Ertrag eines realen Vermögensschadens zum Gegenstand haben (Sachversicherung, Schadenersatzversicherung) — wie z. B. die Feuer-, Hagel-, Transport-, Seeversicherung, Viehverversicherung, Kautionsversicherung — nicht unter die Verordnung vom 31. Oktober v. J. fallen. Schließlich sei noch bemerkt, daß von der in § 134 d. des Polizeistrafgesetzbuches der Kontrollbehörde vorbehaltenen Befugniß zur Unterzählung des Geschäftsbetriebs bisher in einem Falle Gebrauch gemacht worden ist.

Das „Gesetz- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden“ Nr. 5 enthält: Bekanntmachungen und Verordnung des Ministeriums des Innern: den Vollzug des Gesetzes vom 5. Oktober 1893 über die Organisation der inneren Verwaltung betreffend; Satzungen über Aufnahme von Kranken in das Landesbad zu Baden; die für Verpflegung von Kranken im Landesbad zu Baden zu entrichtenden Vergütungen betreffend.

P. (Zur Frage des unlauteren Wettbewerbs.) Kürzlich ist der Handelskammer wiederum eine anonyme Anzeige wegen unlauteren Geschäftsgebührens einer hiesigen Firma zugegangen. Derartigen namenlosen Mittheilungen kann selbstverständlich eine Folge nicht gegeben werden. Die Handelskammer kann sich nur solcher Fälle annehmen, in denen die Interessenten mit ihrem Namen dafür eintreten, daß es sich wirklich um unlautere geschäftliche Vorgänge handelt. An den erforderlichen Aufklärungen des Publikums wird es dann die Handelskammer nicht fehlen lassen, wenn das hierzu nötige Material von den Interessenten in ausreichendem Maße beigebracht wird.

3 (Vereinsbank Karlsruhe) Der Aufsichtsrath hat beschlossen, der im Laufe des nächsten Monats stattfindenden Generalversammlung die Gewährung einer Dividende von 6 Proz. (im Vorjahre 5 1/2 Proz.) neben reichlicher Dotirung der Reserven in Vorschlag zu bringen.

> (Wahlen zur Israelitischen Synode.) Bei der am 28. Februar stattgehabten endgiltigen Feststellung des Wahlergebnisses wurden als weltliche Abgeordnete, außer den bereits Genannten, vertheilt für die Wahlbezirke III: S. Bloch, Vorsteher in Sulzburg; IX: Louis Marx, Mitglied des Synagogenraths in Bruchsal; XIII: D. Kahn, Rechtsanwalt Dr. Fachenburg, Julius Etlinger, Mitglieder des Synagogenraths in Mannheim, und Dr. N. Stein, Großh. Landgerichtsrath in Karlsruhe; XV: Leopold Rosenberg, Bezirkskämmler in Reudenau. Ferner sind als geistliche Abgeordnete gewählt die Rabbiner Dr. Lewin in Freiburg, Dr. Felschbacher in Bruchsal, Dr. Rawicz in Offenburg, Dr. Fark in Mannheim und Dr. Treitel in Karlsruhe.

± (Konzert Neuß.) In dem zweiten Beethovens-Abend, welcher Mittwoch den 6. März im Foyer des Großh. Hoftheaters stattfindet, wird Herr Eduard Neuß außer einigen Sonaten, darunter op. 26 mit dem Trauermarsch, eine Reihe von selten gehörten Werken Beethovens spielen: Variationen in C-moll, die Bagatellen op. 126, welche der späteren Schaffensperiode des Meisters angehören, und die Fantase op. 77. — Für diesen Abend wird dem Konzertgeber ein Flügel von Steinway & Söhne zur Verfügung gestellt werden.

3 (Strafammerung vom 27. Februar.) Vorsitzend: Landgerichtsdirektor Rauch. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Jollu. 1. Landwirth Karl Teufel, 37 Jahre alt, aus Königsthal, wegen Jagdvergehens drei Wochen Gefängniß. 2. Witwe Katharina Rubland, 64 Jahre alt, aus Gröbigen, wegen Diebstahls in wiederholtem Rückfall, vier Monate Gefängniß. 3. Maurer Julius Wacker mann aus Etlingen zwei Wochen Gefängniß wegen Körperverletzung und fünf Tage Haft wegen Unzüchlichkeit, und Maurer Adolf Grischele aus Etlingen zwei Wochen Gefängniß wegen Körperverletzung. 4. Die Anklage gegen Friedrich Wehker aus Reuenthal wegen Diebstahls wurde auf den 6. März wegen Nichterscheinens des Angeklagten zum heutigen Termin vertagt. Gegen Wehker wurde ein Vorführungsabsehl für die neue Hauptverhandlung erlassen. 5. Georg Loos aus Altdorf, zur Zeit Konzertunternehmer in Baden, wegen Uebertretung des § 63 B. St. G. B. 10 M. Geldstrafe. 6. Steinhauer Max Weber aus Sulzburg, wegen Uebertretung des § 367<sup>10</sup> R. St. G. B. fünf Tage Haft.

\* (Unfall.) Der Geschäftsreisende Madagki von hier stürzte am Dienstag Abend, als er vom Dinglinger Bahnhof nach Lahr gehen wollte, in der Nähe des Gasthauses „Zum Hirschen“ in die Schutter und ertrank. Der Verunglückte hatte, der „Lahrer Bz.“ zufolge, in Dinglingen einen Privatbesuch zu machen und wollte den letzten Straßenbahnzug benutzen. Nachdem er diesen verfehlt, blieb er in der Bahnhofrestauration und machte sich erst so spät auf den Heimweg, als Niemand mehr auf der Straße war und die mangelhafte Beleuchtung die Dunkelheit nicht mehr recht erkennen ließ. Daher kommt es, daß auch die Nachbarschaft außer dem Anschlag eines Hundes nichts vernahm und der Bedauernswerte hilflos ertrank. Am nächsten Morgen fand man die Leiche nahe an der Unfallstelle.

▲ (Brand.) In dem Asphaltgeschäft von Nees u. Nees

in der Röhrenstraße 14/16 brach heute Nachmittags gegen 3 Uhr in einem Theerschuppen Feuer aus, welches den Schuppen und eine große Anzahl Häuser mit Theer vernichtete. Der Schaden beträgt etwa 1000 M. Der Brand entstand dadurch, daß beim Theerlösen der Theer überließ und in Brand gesetzt wurde. Auf dem Brandplatze herrschte ein so gewaltiger Qualm, daß die Arbeiter mit großen Schwierigkeiten verpflanzt waren.

\* (Kleine Nachrichten aus Karlsruhe.) Gestern Nachmittags verbrannte sich ein verheirateter Bierbrauer in einer Brauerei in der Weststadt beim Fasspichen mit heißem Pech an den Händen und im Gesicht. Die Verletzungen dürften jedoch einen bleibenden Nachtheil nicht im Gefolge haben. Der Verletzte befindet sich in seiner Wohnung. — Gestern Nachmittags 3 Uhr zogen vier Schieferer aus Gerlachsheim, Gröbigen, Stuttgart und Waldbittelbrunn, die hier in Arbeit stehen, jöhnd durch die Kaiserallee und besähtigten jeden Vorübergehenden. Als ein Schumann hinzu kam und die Exzentriker zur Ruhe aufforderte, wurde er mit Schmutz überhäuft und thätlich angegriffen. Mit Hilfe von zwei weiteren Schutzleuten wurden die Ausschreitenden trotz hartnäckigen Widerstands festgenommen und in's Gefängniß gebracht. — Ein Handelsmann aus Jöblingen wurde wegen Körperverletzung zur Anzeige gebracht. Derselbe hat vor einigen Tagen einen Unternehmer in einer Wirtschaft in der Durlacher Allee mit solcher Wucht vom Stuhle geworfen, daß dieser sich erhebliche innere Verletzungen zuzog und seither arbeitsunfähig ist. — Am 28. dieses Monats wurden einem Keller in der Rammstraße aus seinem Keller, der mittelst Nachschlüssel geöffnet worden war, 50 M. gehoben. — Eine Dienstmagd aus Basel, welche vom Amtsgericht hier wegen Diebstahl heftiglich verurtheilt wurde, ist heute Früh verhaftet worden.

\* (Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum.) In Steinhardt bei Ruggen ist die Scheune des Gasthauses „zum Haselab“ niedergebrannt. Einer nach dem Brandplatze abgehenden Abtheilung der Feuerwehr von Ruggen passirte bei den jetzt so glatten Wegen das Maßwerk, daß der Mannschaftswagen umkippte und der Kutscher, Knecht der Gebrüder Kraft hier, eine so schwere Verletzung davontrug, daß er in's Spital nach Rühlheim verbracht werden mußte. Die übrigen Insassen des Wagens kamen mit dem Schrecken, einige mit unbedeutenden Hautabschürfungen davon. — In Renneweg ist auch die zweite Bürgermeisterwahl ergebnislos verlaufen. — In Seehelm bei Zwingenberg schloß der Sohn des Postwarts Böhinger mit einer Schrotflinte auf eine Anzahl Burschen, die ihn mit Schneebällen traktirten. Er verwundete einen Burschen und ein in der Nähe stehendes Kind ziemlich erheblich.

4 Heidelberg, 27. Febr. Der Fasching ist hier im ganzen ziemlich animirt verlaufen. Den Mittelpunkt bildete wieder der Faschnachtsball des „Liederfranz“ am Montag mit einer farbenprächtigen und mit Solivalgen verbrämten Darbietung: Aus Heidelberg's Berganagenheit. Gestern Nachmittags gab es auf der Hauptstraße sehr viele Zuschauer, aber nur wenig närrische Akteure. Immerhin scheint es, als ob sich das Faschingstreiben hier wieder etwas mehr entwickeln will.

\* Freiburg, 27. Febr. Gestern Nachmittags nach der „Bz. Bz.“ zufolge, im Alter von fast 82 Jahren Bankier Johann Krebs, Chef des weitbekannten Bankhauses Krebs hier, an der Lungenerkrankung.

\* Donaueschingen, 27. Febr. Archivath Dr. Baumann scheidet aus dem hiesigen Fürstenerbischen Dienste aus und tritt, dem „Don. Abbl.“ zufolge, auf 1. April d. J. die Stelle eines Reichsarchivars in München an.

4 Aus dem Wiesenthal, 26. Febr. Der Karnedalsumzug des Turnvereins in Pörrach, an dem etwa 300 Personen mit 80 Pferden theilhaft waren und der Szenen aus China und Japan darstellte, hatte den besten Verlauf. Der Verkehr von auswärts war deartig, daß in der Zeit von 7 bis halb 10 Uhr vom Bahnhof über 10 000 Personen besiedert wurden, wozu noch eine Unzahl von Fußgänger kommen. Von Basel her kam Wagen an Wagen, selbst Pferdebesten. Dem obenerwähnten Wagenbesitzer ist der Bahnhof überaus nicht gewachsen. Den Beamten gebührt das höchste Lob für ihre Umsicht, durch die glücklicherweise jeder Unfallsfall vermieden wurde. — Das Gullav-Alois-Festspiel in Brombach wird am Donnerstag und Sonntag nochmals aufgeführt und damit geschlossen. Der delunäre Erfolg ist sehr günstig. — In Schopfheim fand zu Ehren des von dort scheidenden sehr beliebten Herrn Oberamtmann Weinmüller eine aus dem ganzen Bezirk Karl besuchte Abschiedsfeier statt. Hieraus und aus den gehaltenen Reden ist zu entnehmen, daß man den Beamten sehr ungern verliert.

\* Waldshut, 27. Febr. In der am 25. d. M. dahier stattgefundenen Kreisversammlung wurde die Abhaltung der diesjährigen Kreisversammlung auf Freitag den 19. April und Samstag den 20. April d. J. bestimmt. — Vorextern über wurde ein Bursche, der 13 Jahre alte Paul Annacher aus Eisenach, von Büch aus in's hiesige Amtsgefängniß eingeworfen. Derselbe ist seinen in Eisenach wohnhaften Eltern am 8. Januar l. J. unter Verabnahme von 300 M. durchgebrannt und hat das schöne Italien bereist, bis er in Bologna aufgegriffen und durch Vermittlung des deutschen Konsulats zurückgeführt wurde. Die Baarschaft des jugendlichen Reisenden war bis auf wenige Pfennige zurückgegangen.

#### Verschiedenes.

Berlin, 28. Febr. Das Befinden der an Influenza erkrankten Herzogin von Sagan hat durch einen Schlaganfall eine Verschlimmerung erfahren.

Hamburg, 27. Febr. Der Doktor der Medizin Samuelson, welcher sich wegen eines Sittlichkeitsverbrechens in Untersuchungsbefand, hat sich gestern im Gefängniß erschossen. Wie die „Hamburger Börsenhalle“ erzählt, hat die Untersuchung ergeben, daß der Vertheibiger des Doktor Samuelson demselben einen Revolver in's Gefängniß gebracht hat.

Wien, 28. Febr. Vor elf Tagen wurde die reiche jüdische Gelbverleiberin Dora Fankst ermordet. Erst gestern wurde der Mord entdeckt. Die Fankst wurde von dem Sohne ihres Hausmeisters, dem 17 Jahre alten Maurerlehrling Jacobberg, mit einem Strick erdrosselt. Der Mörder hat Geld und viele Vooles geraubt. Als ein Komplize desselben, der Schneeschauer Mayer, eine Taufenguldennote wechseln wollte, erregte das Verdacht und führte zur Entdeckung des Thäters. Der Mörder, seine Mutter und Mayer sind bereits verhaftet worden.

Aus Frankreich, 27. Febr. Auf der Nordbahnlinie Angin-Chaucy entgleite bei Landricourt ein Zug infolge Schienenbruchs. Der Schienenführer und ein Heizer wurden getödtet. — In Beaucaire mußten zum viertenmale die Gemeindevorwahlen aufgeschoben werden, weil die Bürger sich jeder Wahl

hisher enthalten hatten. Der Präsekt ernannte eine provisorisch Kommissions zur Verwaltung der Gemeinde. — In Besancon wurde ein Italiener verhaftet, der im trunkebenen Zustand gedroht hatte, mehrere öffentliche Gebäude in die Luft zu sprengen. Bei dem Manne wurden sieben Dynamitpatronen gefunden. — Die Pariser Blätter beschäftigen sich vorläufig wenig mit dem Beschlusse des Künstlervereins von Camps-de-Mars, die Berliner Internationale Ausstellung zu besichtigen. Nur der „Figaro“ stimmt in einer kurzen Bemerkung dem Beschlusse rückhaltlos bei und spricht die Ueberzeugung aus, daß die französischen Künstler in Berlin gebührenden Beifall finden werden. Die „Patrie“ ist mit dem Beschlusse natürlich sehr unzufrieden und richtet an die „Société nationale des Beaux-Arts“ eine „ernste Warnung“, in der sie erklärt, daß das Publikum den Camps-de-Mars-Salon boykottieren und der Gemeinderath dem Verein die Subvention entziehen werde.

### Telegraphische Nachrichten.

#### Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Febr. Am Bundestagstische: der Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe, v. Marschall und Hollmann. Eingegangen ist ein Gesetzentwurf betr. die Aufhebung des Gesetzes über die Ernennung der Bürgermeister und Beigeordneten in Elsaß-Lothringen. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Marineetats.

Beim Titel Marinekabinett und Unterkommando befürwortet der Referent Lieber die von der Kommission vorgeschlagene Streichung verschiedener neu geforderter Stellen, im Ganzen 19 213 Mark. Staatssekretär Hollmann tritt für die Bewilligung der geforderten Stellen ein.

Das Haus stimmt jedoch dem Kommissionsbeschlusse in allen Punkten bei.

Bei dem Kapitel „Reichsmarineamt“ theilt der Referent Lieber die Auskunft der Regierung über den Unfall auf dem Panzerschiff „Brandenburg“ mit. Die Schuld treffe weder Militär- noch Civilbeamte der Marinerverwaltung, sondern nur den „Sultan“. Die von der Regierung gleichzeitig mitgetheilten Gründe der Zurückziehung des „Falke“ und „Suffard“ von Samoa liegen nur in den örtlichen und meteorologischen Verhältnissen von Samoa.

Die Position wird mit der von der Kommission beantragten Reduktion des Personals bewilligt.

Bei Kapitel „Seelsorge und Garnisonsschulwesen“ befragt Abg. Lingen (Centr.), daß in der Seelsorge bei der Marine die verfassungsmäßige Parität ebenso wie die Sonntagsruhe noch immer nicht durchgeführt sei.

Das Kapitel wird mit einer von der Kommission beantragten Resolution, die Regierung wolle die Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer in den Marineschulen in Erwägung ziehen, angenommen.

Beim Kapitel „Betrieb und Instandhaltung der Flotte“ beantragt die Kommission einen Abschluß von ca. 800 000 M.

Staatssekretär Hollmann betont, die Marinerverwaltung habe bei Aufstellung des Etats für die Diensthaltung äußerste Sparsamkeit walten lassen. Der Abschluß würde den Dienst erheblich schädigen.

Abg. Richter weist darauf hin, daß trotz der Abschnitte gegen das Vorjahr zwei Millionen mehr bewilligt würden.

Das Haus nahm den Kommissionsantrag an.

Beim Kapitel „Garnison- und Seewesen“ bringt Abg. Hamacher (nat-lib.) eine Petition der Handelskammer Bonn zur Sprache, die sich darüber beklagt, daß die Marinerverwaltung ihren ganzen Tuchbedarf von nur zwei Tuchfirmen beziehe.

Prexels, Direktor im Reichsmarineamt, erwidert, die Erfahrungen mit allgemeinen Submissionen hätten sich nicht bewährt. Seit 1891 sei das Tuch durch beschränkte Submission an zwei Firmen vergeben. Die Regierung habe jetzt diesen Vertrag gekündigt. Von 1896 ab würden die Tuchlieferungen auf Grund neuer beschränkter Submissionen neun Firmen übertragen werden.

Das Kapitel wird angenommen.

Beim Kapitel „Instandhaltung der Flotte und Werftanlagen“ erklärt

Staatssekretär Hollmann auf eine Anfrage des Abgeordneten Kiderl, die Marinerverwaltung belege die starken Schwankungen in der Verwendung von Summen für Schiffsbauten, weil dieselben für eine geordnete Verwaltung höchst störend seien. Diese starken Schwankungen seien aber veranlaßt durch Reichstagsbeschlüsse. Die Gesamtzahl der Ende September vorigen Jahres auf den kaiserlichen Werften beschäftigten Arbeiter betrage 10 787.

Legien (Soz.) befragt die vorgekommenen zahlreichen Arbeiterentlassungen, welchen sich durch Verkürzung der Arbeitszeit hätte vorbeugen lassen.

Staatssekretär Hollmann erklärt, die Reichsmarinerverwaltung habe durchaus das Interesse, einen felsen Arbeiterkamm zu erhalten. Sie habe kein Interesse, bald mehr, bald weniger Arbeiter zu beschäftigen, allein sie befindet sich in einer Nothlage. In den Wintermonaten häufe sich die Arbeit, weil die ganze Flottenflotte zur Reparatur komme; später handle es sich nur um Neubauten. Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit ist von einem Arbeiterausschuß besprochen worden. Dabei sprachen sich die alten Arbeiter für die Beibehaltung der vollen Arbeitszeit und nur die jüngeren Arbeiter für die Verkürzung aus. Die Meinungen sind also sehr getheilt.

Abg. v. Kardorff (konf.) betont, falls die Sozialdemokraten die Schiffneubauten bewilligten, würden keine Arbeiterentlassungen mehr vorkommen.

Abg. Hamacher (nat-lib.) äußert sich im gleichen Sinne. Die Sozialdemokraten gäben den Arbeitern Steine statt Brod. Redner befragt hierauf die ungünstige Gehaltslage der technischen Beamten, deren Dienstalterszulagen zu langsam steigen.

Ref. Lieber bespricht die Einwirkung des Dienstaltersstufensystems.

An der weiteren Debatte betheiligen sich die Abgg. Legien, Kiderl, v. Kardorff und Debel. Schluß der Sitzung 5 Uhr.

Berlin, 28. Febr. Wie die „N. N. Ztg.“ vernimmt, fuhr Seine Majestät der Kaiser unmittelbar nach seiner Ankunft beim Reichskanzler vor, um einen längeren Vortrag entgegenzunehmen.

Berlin, 28. Febr. Die heutige Konsultation der Ärzte ergab eine Besserung in dem Befinden des Admirals Freiherrn v. d. Goltz.

Berlin, 28. Febr. Wie ein Berichterstatter meldet, entschied Seine Majestät der Kaiser, daß die Akademie der Künste ihr 200jähriges Jubiläum im Jahre 1896 begehen soll.

Leipzig, 28. Febr. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Hypothekensyndikats gegen das Urtheil des Wändener Schwurgerichts.

Wien, 28. Febr. Das „Fremdenblatt“ erfährt, es sei als sicher anzunehmen, daß Oesterreich einer etwaigen Einladung zur Theilnahme an einer Währungskonferenz zustimmen werde.

Budapest, 28. Febr. Die Fraktion Eötvös der Unabhängigkeitspartei hat beschlossen, sich der Fraktion Justh anzuschließen. (Vergl. d. Artikel auf der 1. Seite.)

Paris, 28. Febr. Die Deputirtenkammer nahm gestern die Beratung des Budgets des Arbeitsministeriums wieder auf. Ein Deputirter beantragte einen Kredit von 431 000 Francs, um die Ruhegehälter der im Bahngewerbe Beschäftigten zu erhöhen. Der Berichterstatter und der Minister der öffentlichen Arbeiten bekämpften den Antrag, welcher indessen mit 306 gegen 196 Stimmen angenommen wurde.

Paris, 28. Febr. Das „Journal des Débats“ schreibt über die Betheiligung Frankreichs an der Eröffnung des Nordostkanals: Wir werden, wie die anderen Mächte, einige Kriegsschiffe nach Kiel entsenden. Die Entschickung einiger Zerstörer findet keinen Widerhall; wir leben nicht mehr in der Zeit des Boulangismus. Die Regierung befolgt stets die Regeln der internationalen Höflichkeit. Unsere Künstler fangen an, dasselbe zu thun. — Der „Gaulois“ schreibt: Frankreich und Deutschland leben in Frieden. Deutschland konnte nichts anderes thun, als uns einladen, wir können nichts anderes thun, als annehmen.

Algier, 28. Febr. De Brazza erlitt auf der Fahrt nach Lagdonat einen Unfall, indem der Wagen, in welchem er sich befand, umstürzte. De Brazza wurde an einer Schulter ziemlich schwer verletzt und in das Hospital in Lagdonat gebracht. Sein Zustand läßt indessen keinerlei Besorgniß ein.

London, 28. Febr. Das Unterhaus nahm mit 204 gegen 15 Stimmen in zweiter Lesung die Bill an, durch welche der Verkauf und der Besitz von Pistolen auf durch ein Patent dazu berechtigte Personen beschränkt wird und verschiedene den Verkauf regelnde Bestimmungen getroffen werden. Die Regierung hatte die Vorlage als sehr erwünscht unterstützt.

London, 28. Febr. Wie die „Times“ aus Odesa meldet, ist der Kreuzer „St. Petersburg“ mit ungefähr 2 000 Mann nach Wladivostok abgegangen.

London, 28. Febr. Die „Times“ meldet aus Philadelphia: Der Senat bewilligte 5 Millionen Dollars als Zuckerausfuhrprämien für die letzte Ernte und für die Ernte dieses Jahres bis zum 30. Juni einschließlich.

London, 28. Febr. Das Reuter'sche Bureau meldet aus Tschifu von heute: Die Japaner räumen die vorgeschobenen Stellungen bei Wei-hai-wei. Ninghai wurde verlassen. Der größere Theil der japanischen Truppen ist nach Talien Wan abgegangen.

Stettin, 28. Febr. Dem „Telegraph“ zufolge wurden gestern Zirkulare, enthaltend den Entwurf eines Projekts einer Midland-Eisenbahnabzweigung an 200 Eisenfirmen in Süd-Yorkshire, Lancashire, Straffordshire, Wiltshire, Berkshire und Devonshire versandt. Das geplante Syndikat sei das bisher größte Unternehmen des britischen Eisenhandels. Es sei beabsichtigt, die Preise aller Arten von fabricirtem Eisen zu regulieren. Vergehen gegen die Vereinbarungen werden mit großen Geldstrafen belegt. Die Leitung soll einem Ausschusse von 30 Mitgliedern übertragen werden. Die Arbeiter haben dem Projekte zugestimmt.

Christiania, 28. Febr. In dem gestern abgehaltenen Ministerath forderte der König das Ministerium zur Rücknahme des Entlassungsgesetzes auf, was das Ministerium ablehnte. Hierauf berief der König den Führer der gemäßigten Linken, Sverdrup, um ihn mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Sverdrup hat indessen den Auftrag nicht angenommen. — Im Storting wurde die Regierungsvorlage eingebracht betr. die Verwendung des am 19. Juli 1894 bedingungsweise bewilligten Kredits von 183 370 Kronen zu diplomatischen Ausgaben, obgleich die damals gestellte Bedingung einer Aufhebung der Gesandtschaft in Wien nicht erfolgt ist. In der Begründung hebt der Minister des Innern hervor, es widerstreite der Würde Norwegens, daß Schweden sämtliche Ausgaben für die gemeinsame diplomatische Vertretung bestreite.

Sofia, 28. Febr. Der Senat nahm mit 61 gegen 9 Stimmen den Antrag Vaccareco, daß die Auslösung der Hälfte der Senatzen nach dem Geiße des Reglements in der letzten Session der gegenwärtigen bis 1896 dauernden Legislaturperiode, nicht nach dem Wortlaute des Reglements in der letzten vierten Session vorzunehmen sei. Der Senatspräsident, der gestern entgegengesetzter Anschauung war, erklärte heute, sich der Entscheidung des Senats zu unterwerfen.

Washington, 28. Febr. Der Senat hat den Antrag Wolcott angenommen.

New York, 28. Febr. In einer der Atchison-Texas- und Santa Fé-Eisenbahn gebürdigen Kohlengrube in Coylo (New-Mexico) fand eine Explosion statt. Die Werke gerieten in Brand. Durch fallende Trümmer wurde der Eingang des Schachtes versperrt und 40 Bergleute begraben.

Chicago, 28. Febr. Im hiesigen Fabriktoriel brach gestern eine große Feuerbrunst aus. Während des Brandes entstand eine Panik unter 225 Kindern, die in einer Caramel fabrik entlassen waren. Drei Kinder wurden todt getreten und viele derselben schwer verletzt.

Suenos Aires, 28. Febr. In Rosario sind 17 Personen an Cholera erkrankt und neun gestorben, in Santa Fé neun begm. fünf.

Madrid, 28. Febr. Nach einer amtlichen Depesche aus Cuba beträgt die Zahl der Aufständischen in Santiago 120

Mann. Die Stadt Vaire hat für die Rebellen Partei ergriffen. Die Truppen gehen enerisch gegen die letzteren vor.

Kairo, 28. Febr. In Abassieh fand gestern in Gegenwart des Khedive eine Besichtigung der gesammten britischen Garnison von Kairo statt. Der Khedive, der das Großkreuz des Bathordens trug, sprach dem Oberbefehlshaber, Generalmajor Walker, seine Befriedigung über die Parade aus.

Kapstadt, 27. Febr. Sir Hercules Robinson ist zum Gouverneur der Kapkolonie ernannt worden.

### Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 1. März. 31. Ab.-Vorh.: „Der Barbier von Sevilla“, komische Oper in 2 Aufzügen. Musik von Rossini. Anfang 7 1/2 Uhr.

### Familiennachrichten.

Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Register.

Geburten. 21. Febr. Luise Rosa Anna, V.: Heinrich Müller, Referendar. — Ludwig Heinrich, V.: Jakob Friedrich Eiffels, Kaufmann. — 22. Febr. Friedrich, V.: Friedrich Klinger, Sattler. — Albert Bernhard, V.: Franz Brauer, Kadet. Todesfälle. 24. Febr. Jakob Stein, Ehemann, Gedächtnis, 61 J. — 25. Febr. Johann Roser, Ehemann, Weichenwörter, 34 J. — Gabriel Weinlein, ledig, Tagelöhner, 37 J. — 26. Febr. August Dimmelsbach, Schlosserlehrling, 17 J. — Sofie, Witwe von Karl Rebesberger, Erbskinder, 64 J. — Marie, Ehefrau von Peter Hopp, Müller, 57 J. Olga, 7 M. 16 J., V.: Gebhard Buchhart, Maschinenarbeiter. — 27. Febr. Abraham Willstätter, Witwer, Hauptlehrer a. D., 78 J. — Karl Dimboldt, Ehemann, Verwalter a. D., 57 J. — Ludwig Hellmuth, Witwer, Pfarrer a. D., 72 J. — Anna, Witwe von Wilhelm Gerbel, Oberlandesgerichtsrath, 74 J. — 28. Febr. Friederike, Ehefrau von Franz Schnellbach, Wirth, 68 J.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. in G.	Therm. in C.	Absolute Feucht. in mm.	Relative Feucht. in %.	Wind.	Wimmel.
27. Nachts 9 <sup>u</sup> .	742.2	+0.4	4.1	87	SW	bedekt
28. Morgs. 7 <sup>u</sup> .	746.1	-0.8	3.8	88	„	„
28. Mittags 2 <sup>u</sup> .	749.6	+3.2	3.4	59	„	heiter

Höchste Temperatur am 27. Febr. + 2.5°; niedrigste heute Nacht - 1.0°.

\* Niederschlagsmenge der letzten 24 Stunden 0.2 mm.

Lufttemperaturen und Schneehöhen am 28. Februar, Morgens: Meersburg - 3°, 9 cm; Ludwigsburg - 6°, 110 cm; Bittlingen - 5°, 45 cm; Baden - 4°, 27 cm.

Wasserstand des Rheins. Mannheim, 28. Febr., Morgs., 2.66 m, gestiegen 1 cm.

Weiterbericht des Centralbur. f. Met. u. Hydr. v. 28. Febr. 1896.

Die Depression, welche gestern über Südschweden gelegen war, ist bis zur ostpreussischen Küste weiter gezogen; unter ihrer Herrschaft ist das Wetter in fast ganz Mitteleuropa trüb oder unbeständig mit stellenweisen Schneefällen. Die Temperaturen lagen am Morgen in Deutschland nur wenig unter dem Gefrierpunkt; in Nordosteuropa ist es dagegen noch sehr kalt. (Haparanda, St. Petersburg und Moskau - 17°). Das barometrische Maximum hat sich südwärts verlegt, so daß heute sein Kern südwestlich von Großbritannien liegt; da das Barometer beständig steigt, so scheint sich der hohe Druck ostwärts auszudehnen; demnach wäre vorwiegend heiteres, etwas kälteres Wetter zu erwarten.

### Telegraphische Kursberichte.

Frankfurt. (Anfangskurs.) Kreditaktien 327 1/2, Staatsb. 328 1/2, Lombarden 89 1/2, 3% Portugiesen 25.50, Saverter 105.10, Ungarn 102.40, Diskonto-Kommandit 204.90, Gotthardbahn 182.80. Tendenz: fest.

Frankfurt. (Schlußkurs I.) Wechsel Amsterdam 169.47, Wechsel London 204.67, Paris 81.16, Wien 165.25, Privatdiskonto 1 1/2, Neapolitan 16.21, 4% Deutsche Reichsanleihe 105.80, 4% Deutsche Reichsanleihe 98.25, 4% Preuss. Konfols 105.65, 4% Baden in Gulden 106.50, 4% Baden in Mark 106.50, 5% Griechen 82.70, 4% Monopolanleihen 85.70, 5% Italiener 88.70, Oester. Goldrente 103.40, Oester. Silberrente 84.00, Oester. Rente von 1860 132.00, 4 1/2% Portugiesen 38.45, III. Orientanleihe 66.85.

Frankfurt. (Schlußkurs II.) Spanier 77.00, Zoll-Türken 101.75, 1% Türken D. 26.79, 4% Ungarn 102.70, 6% Argentinier 83.40, 6% Mexikaner 79.80, Berliner Handels-Gesellschaft 153.10, Darmstädter Bank 152.00, Deutsche Bank 180.20, Diskonto-Kommandit 204.90, Dresdener 168.10, Oester. Länderbank 238.00, Oester. Kreditaktien 327.00, Oest. Ludwigsbahn 118.30, Lombarden 89.70, Staatsbahn 329 1/2, Elbthalbahn 231 1/4, Schweizer Nordostbahn 135.10, Mittelmeerbahn 94.50, Meridional 137.20, Badische Anilin- und Soda-Fabrik 65.40, Nordd. Lloyd 86.50 (K a b b e r t e.) Kreditaktien 326 1/2, Diskonto-Kommandit 205.10, Staatsbahn 330 1/2, Lombarden 89 1/2, Russen 219.00. Tendenz: fest.

Berlin. (Anfangskurs.) Kreditaktien 243.10, Diskonto-Kommandit 205.10, Staatsbahn 162.90, Lombarden 44.70, Russ. Noten 219.00, Laurah. 123.50, Harpener 138.00, Staatsb. —.

Berlin. (Schlußkurs.) Kreditaktien 242.60, Diskonto-Kommandit 205.25, Lombarden 44.30, Russ. Noten 219.00, Bochumer Gußstahl 137.20, Selskristen Bergwerk 157.70, Laurahütte 123.20, Harpener 137.50, Privatdiskonto 1 1/2.

Wien. (Anfangskurs.) Kreditaktien 397.50, Staatsbahn 393.20, Lombarden 106.90, Marknoten 60.52, 4% Ungarn 123.90, Papierrente 101.20, Oester. Kronenrente 100.80, Länderbank 289.60, Ungar. Kronenrente 99.00. Tendenz: fest.

Paris. (Schlußkurs.) 3% Rente 103.31, Spanier 77 1/4, Türken 26.90, 3% Portugiesen —, Banque Ottomane 702.00, Rio Tinto 325.00. Tendenz: fest.

Abendkurs vom heutigen Tage.

Berlin. Diskonto-Kommandit 205.40, Bochumer 137.20, Dortmunder 62.20.

Frankfurt. Kredit 327 1/2, Diskonto 205.30, Staatsbahn 331 1/4, Lombarden 90.00, Selskristen 168.00, Türken —, Portugiesen 26.00, 6% Mexikaner 78.90, 3% Reichsanleihe —. Tendenz: fest.

Paris. 3% Rente 103.15, 3% Portugiesen 25 1/2, Spanier 77 1/4, Türken 26.90, Banque Ottomane 703.00, Rio Tinto 320.00, Banque de Paris —, Italiener 87.90. Tendenz: Träge.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raab in Karlsruhe.

### Henneberg-Seide.

— nur Acht, wenn direkt ab meiner Fabrik bezogen — schwarz, weiß und farbig, von 60 Pf. bis M. 18.65 p. Meter — glatt, gestreift, karriert, gemustert, Damaste etc. (ca. 240 versch. Qual. und 2000 versch. Farben, Dessins etc.), porto- und steuerfrei in's Haus. Muster umgehend.

Seiden-Fabrik G. Henneberg (k. u. k. Hofl.), Zürich.

en gros ABETZ & Cie. en détail, Karlsruhe, Kreuzstr. 31. Größtes Lager und billigste Bezugsquelle für technische und chirurgische Gummivaren. Gummi-Regenmäntel, Gummi-Schuhe, Bettelingelegstoffe, Rosenträger etc. Wachsstuche, Linoleum etc. Teppiche und Läufer jeder Art. Sämtliche Artikel für Krankenpflege etc. Soxhlet-Apparate.

# Bekanntmachung.

## Kündigung u. Convertirung der 4<sup>o</sup> Schwedischen Staats-Anleihe von 1880.

In Gemäßheit des Gesetzes vom 12. Mai 1894 und auf Grund des Rechtes, das dem Reichsschulden-Comptoir in den für die 4<sup>o</sup> Schwedische Staats-Anleihe vom Jahre 1880 angekauften Obligationen und in den wegen der drei verschiedenen Emissionen (I., II. und III. Emission) dieser Anleihe am 18. März 1880, 21. März 1881 und 4. April 1883 abgeschlossenen Verträgen vorbehalten ist, kündigt das Reichsschulden-Comptoir hierdurch die sämtlichen im Umlauf befindlichen und noch nicht ausgelassenen Obligationen dieser Staats-Anleihe im ursprünglichen Gesamtbetrage von Mark 134,640,000 = Kronen 119,790,000 = Pfund Sterling 6,600,000 = Francs 166,320,000 auf den 1. October 1895 zur Rückzahlung bei den in Stockholm, im Januar 1895.

### Das Reichsschulden-Comptoir.

Im Anschluß an vorstehende Bekanntmachung des Reichsschulden-Comptoirs wird hiermit den Inhabern der Obligationen der verschiedenen Emissionen der

#### 4<sup>o</sup> Schwedischen Staats-Anleihe von 1880,

welche von der Convertirung Gebrauch machen wollen, die Abstempelung der Obligationen auf einen Zinssfuß von 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> % unter folgenden Bedingungen angeboten:

1. Die Obligationen sind mit Coupons per 1. October 1895 und folgenden sowie Talons in der Zeit

#### vom 5. März 1895 bis einschließlich 30. März 1895

in Berlin	bei der Dresdner Bank,
" Dresden	" " " "
" Hamburg	" " Filiale der Dresdner Bank in Hamburg,
" Bremen	" " Bremer Bank,
" Frankfurt a. M.	" " Deutschen Vereinsbank,
" Köln	" " Herren Salomon Oppenheim jun. u. Co.,
" Hannover	" " der Hannoverischen Bank,
" Karlsruhe	" " Herrn Veit L. Homburger,
" Leipzig	" " der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,
" München	" " Bayerischen Vereinsbank,

Stockholm, Berlin, Paris, Kopenhagen, im Februar 1895.

### Schwedische Reichsbank.

### Dresdner Bank.

### Société Générale pour favoriser le développement du commerce et de l'industrie en France.

### Stockholms Intecknings Garanti Aktiebolag.

### Industri Kredit Aktie Bolaget.

### Kopenhagener Handelsbank.

### Badische Handelsbank.

Die Actionäre der Badischen Handelsbank werden zu der am 27. März, a. c., Nachmittags 3 Uhr, im Banklocale, Kaiserstraße 205, stattfindenden

#### General-Versammlung

hierdurch eingeladen.

#### Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht der Direction und Vorlage der Bilanz.
2. Bericht des Aufsichtsraths und Antrag auf Entlastung der Direction und des Aufsichtsraths.
3. Ergänzungswahlen des Aufsichtsraths.
4. Wahl von zwei Rechnungsrevisoren.

Die Herren Actionäre werden zur Theilnahme an dieser Generalversammlung unter Hinweis auf § 26 der Statuten mit dem Bemerken höflich eingeladen, ihre Interimscheine bis spätestens Samstag den 23. März, Abends 6 Uhr, bei der Badischen Handelsbank in Karlsruhe oder dem Bankhause Rahn & Co. in Frankfurt a. M. gegen Verabfolgung der Stimmliste zu hinterlegen.

Karlsruhe, den 23. Februar 1895.

#### Der Aufsichtsrath. V. Hoffmann.

Auf Othern suchen wir für unsere Buchhandlung einen

#### Lehrling.

Gute Schulleistungen Bedingung.  
G. Braun'sche Hofbuchhandlung  
in Karlsruhe.

### Röster's Bank

Act.-Ges.

Wannheim, Deudeberg,  
mit Depostenkasse in Ludwigshafen a. Rh.  
Eingez. Actien-capital Mark 5,000,000.  
Reservefonds 425,000.  
Eingang von Wechseln zu billigen  
festen Sätzen.

Eröffnung von laufenden Rechnungen mit und ohne Creditgewährung.  
Annahme von Werthpapieren zur Aufbewahrung in verschlossener und zur Verwaltung in offenem Zustande.  
Vermittlung von Treuhändereien, unter Selbstverschluß der Richter, in festen Gebäuden.  
Ausführung von Börsenanträgen jeder Art an allen Börsenplätzen.  
Ausstellung von Checks, Anweisungen und Reisechecken an alle Handels- und Verkehrsplätze.  
R 885 5

#### Bürgerliche Rechtsfreite.

Konkursverfahren.  
D 886. Nr. 5728. Karlsruhe.  
Ueber das Vermögen des Wülfelfabrikanten Bernhard Grothues in Karlsruhe wurde durch Beschluß Sr. Amtsgerichts hierseits heute am 27. Februar 1895, Nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
Der Kaufmann Karl Burget da-

27. April 1895 bei dem Gerichte an-

zumelden.  
Es ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubiger-

ausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Donnerstag den 14. März 1895, Vormittags 1/2 9 Uhr,  
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Donnerstag den 2. Mai 1895, Vormittags 8 Uhr,  
vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 17, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeladene Verbindungen in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. März 1895 Anzeige zu machen.

Donnerstag den 27. Februar 1895.  
Der Gerichtsschreiber Sr. Amtsgerichts:  
Watt.

D 889. Nr. 2902. Weinheim.  
In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kupferhämmerers Heinrich Rubin in Weinheim ist in Folge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin auf

Samstag den 9. März 1895, Vormittags 1/2 9 Uhr,  
vor dem Großh. Amtsgericht hierseits anberaumt.

Weinheim, den 23. Februar 1895.  
Der Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts:  
Verspacher.

#### Vermögensabsonderung.

D 888. Nr. 2022. Karlsruhe.  
Durch Urtheil des Großh. Landgerichts Karlsruhe, Civilkammer IV, vom heutigen wurde die Ehefrau des Schneiders Franz Josef Kränkel in Kahlst., Jakobina Karolina, geborene Kießmann, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzusondern.

Dies wird hiermit zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.  
Karlsruhe, den 11. Februar 1895.  
Der Gerichtsschreiber  
des Großh. Landgerichts:  
Dr. Pfäfer.

#### Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Handelsregistererträge.  
D 877. Nr. 1701. Eppingen.  
Unter D. 3. 167. Beil. Band V D. 3. 26 des Handelsregisters wurde eingetragen Beschäftigung vom heutigen, Nr. 1701,

Firma August Preusch von Eppingen; Inhaber ist Blechnereimer August Preusch von Eppingen. Ehevertrag desselben vom 31. October 1894 mit Anna Barbara, geborene Gebhard von hier. Art. 1. Jeder Eheheil bringt zur ehelichen Gütergemeinschaft eine Geldsumme ein im Betrage von fünfzig Mark und schließt von dieser Gütergemeinschaft alles jegliche und künftige Verbindungen an fahrendem Vermögen und Schulden durch Verleihenhaftung dem Eheheile nach aus.  
Eppingen, den 25. Februar 1895.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Kualer.

#### Verwaltungsachen.

#### Bekanntmachung.

Den Bau der Nebenbahn Hattlingen-Kanbern betr.  
Die mit unserer Verfügung vom 13. Februar d. Js., Nr. 6365, angelegte Tagfahrt wird wegen eingetretener Verbindung eines Kommissionsmitgliedess auf

Freitag den 8. Febr.,  
Vormittags 10 Uhr,  
verlegt, wovon die beteiligten Grundbesitzer in Kenntniß gesetzt werden.  
Eppingen, den 27. Februar 1895.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Beder.

#### Bekanntmachung.

Zur Fortführung der Vermessungs- und der Lagerbücher nachfolgender Gemeinden ist im Einverständniß mit den Gemeindevorständen der beteiligten Gemeinden Tagfahrt jeweils auf dem Rathhause der betr. Gemeinde anberaumt, für die Bemerkung:

1. Kronau, Samstag den 9. März d. Js., Vormittags 9 Uhr;
2. Karlsdorf, Dienstag 12. März d. Js., Vormittags 9 Uhr;
3. Weiher, Mittwoch 13. März d. Js., Vormittags 9 Uhr;
4. Forst, Freitag den 15. März d. Js., Vormittags 9 Uhr.

Die Grundeigentümer werden hiervon mit dem Anfügen in Kenntniß gesetzt, daß das Verzeichniß der seit der letzten Fortführung eingetretener, dem Gemeinderath bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum während 8 Tagen vor dem Fortführungstermin zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathhause aufliegt; etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeichniß vorgeworfenen Veränderungen in dem Grundeigentum und deren Beurteilung im Lagerbuch sind dem Fortführungsbeamten in der Tagfahrt vorzutragen. Die Grundeigentümer werden gleich-

zeitig aufgefordert, die seit der letzten Fortführung in ihrem Grundeigentum eingetretenen, aus dem Grunde nicht ersichtlichen Veränderungen dem Fortführungsbeamten in der bezeichneten Tagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grundstücke eingetretenen Veränderungen sind die vorgeschriebenen Handröße und Neßrunden vor der Tagfahrt bei dem Gemeinderath oder in der Tagfahrt bei dem Fortführungsbeamten abzugeben, widrigenfalls dieselben auf Kosten der Beteiligten von Amtswegen beschafft werden müßten.  
Bruchsal, den 28. Februar 1895.  
Der Großh. Bezirksamtsgeometer:  
F. Blant.

#### Bermischte Bekanntmachungen.

#### Expreßgutverkehr.

Die in den Expreßtarifen der südbadischen Eisenbahnverwaltung unter Abschnitt VII „Abfertigungsbemerkungen“ enthaltene Tarifbestimmung erhält mit Wirkung vom 1. April l. Js. nachstehende neue Fassung:

1. Wird die Annahme von Expreßgut am Bestimmungsort verweigert, oder erfolgt die Annahme oder der hahnhoftagend gestellten Sendungen nicht binnen 3 Tagen, so ist, falls der Versender bekannt ist, die Veranlassung behufs Einholung einer Verfügung seitens des Versenders ohne Verzug davon zu verständigen. Wird Expreß nicht innerhalb 3 Tagen angenommen, so wird damit nach § 33 der Verkehrsordnung verfahren. Diese Fristen beginnen dann, wenn das Gut „abgemeldet“ gestellt ist oder die Anmeldung an den Adressaten nicht geschehen kann, mit der Ankunft des Zuges, mit dem die Beförderung erfolgte, andernfalls mit der Anmeldung bezw. mit der Aufgabe der Benachrichtigung zur Post oder mit der Zuführung (V.)

2. Gegenstände, welche dem Versender ausgesetzt sind, können, wenn der Adressat keine Verfügung trifft, auch vor Ablauf der dreitägigen Frist beständlich verkauft werden, sobald deren Vererber zu befürchten steht; in diesem Falle wird der Erlös bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist zur Verfügung des Berechtigten gehalten.

Diese geänderte zusätzliche Bestimmung zur Verkehrsordnung ist gemäß den Vorschriften unter 1<sup>o</sup> genehmigt worden.

Namens der beteiligten Verwaltungen: Direction der Rhein-Neckar-Eisenbahn.